



Staat und Polizei, Vater, Freund und Helfer

Auf dem Hessentag feiern sie. Die Hardliner, sie haben Tradition im schwarz-gelb regierten Hessen. Das Innenministerium, Polizei und Führung sind nicht das erste Mal Gegenstand fruchtloser parlamentarischer Untersuchungsausschüsse. Koksende Polizisten, die ihren Eigenbedarf aus der Asservatenkammer stillten und mit dem Stoff die Bezüge aufbessern, Spesenritter, Dienstgeheimnisverräter, „Suizide mit der Dienstwaffe“ sind die eine Seite der Medaille, auf der anderen stehen Drangsalierung, Verletzung, ja selbst Tötung von Menschen, vorzugsweise mit migrantischem Hintergrund: M. Ackermann, D. Wevelsiep, S. Kar, nicht vergessen Christy Schwundek. Oder Polizeigewaltexzesse gegen Jugendliche in Idstein, „Racial Profiling“ jeden Tag, hessenweit. 50 Verletzte bei antifaschistischen Blockaden in Frankfurt am 1. Mai. Schon wieder penetrantes Vorgehen gegen Insassen – unter ihnen Flüchtlinge der Refugeebewegung – von Berliner Bussen auf dem Weg nach Frankfurt, schließlich der „Einsatz“ gegen die Protestler*innen der diesjährigen **Blockupy**-Großdemonstration in Frankfurt. War vielen Aktivist*innen die Eliminierung von Recht und Gesetz anlässlich der Blockupyproteste 2012 noch in schlechter Erinnerung, die diesjährige Zahl der Verletzten, vom Kind bis zur Rentner*in, überragt selbst die Akzep-

tanz derer, die sich so gar nicht hinter der Bewegung sortieren würden. De facto allen Teilnehmenden wurden Grundrechte verweigert: Körperliche Unversehrtheit, Bewegungsfreiheit, Demonstrationsrecht, Pressefreiheit. Journalist*innen wurden angegriffen, parlamentarische Beobachter*innen festgesetzt, und das, obwohl der Protest die rein symbolische Ebene nie verlassen hatte. Es folgen Betroffenheit und Ablenkungsmanöver. Im Polizeiapparat schleichen sich Argumentationen ein, es seien die anderen, die „auswärtigen“ nicht-hessischen **Prügeleinheiten** für die Exzesse am Blockupysamstag verantwortlich. Oder es handele sich gar um eine spontan autonom agierende Gewaltstruktur in den ansonsten friedliebenden Einheiten. Was davon zu halten ist, sollen die einschätzen, die nicht das erste Mal „hautnah“ mit der hessischen **Polizeigewalt** in Berührung kamen. Dennoch, Frankfurt war auch aus anderem Grund Zäsur!

Sich seitens der Exekutive eigenmächtig über das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes zu erheben und eine Demonstration von 20.000 Menschen 9 Stunden lang mit faschistoiden Methoden zu verhindern, da war selbst für die konservative Presse der Bogen überspannt. Und das nur zum Teil als Preis dessen, dass

Personen der Presse polizeilich angegriffen, verletzt oder deren Equipment sichtbar mutwillig zerstört wurde. Der Aufschrei gegen die Eliminierung der Grundrechte war massiv. Ist es die Antizipation von Verhältnissen im sich gern liberal gebenden Frankfurt, die man glaubte auf die Länder Südeuropas eingrenzen zu können, in denen Recht und Gesetz längst den **Spardiktaten der Troika** unterjocht, wo Demokratie zur Farce geworden ist? Wohl kaum. Soviel Bezug von Protestgrund und Staatsverhalten vermochte die bürgerliche Presse natürlich nicht herzustellen. So ging es auf der Verhaltensebene weiter und man wandte sich nur gegen „überzogene und willkürliche“ **Polizeigewalt**, Na prima!

Doch zurück: Was also betreibt die schwarzgelbe Landesregierung? Wahlkampf mit dem Polizeiknüppel? Das bekannte Fischen im schwarz-braunen Teich? Oder die Verhinderung von Protestbildern vorm Sitz der EZB? Sollte die Bewegung durch Entsolidarisierung gespalten werden oder fürchtet man ein Wiederkommen von größerem Protest nächstes Frühjahr, zur Einweihung der neuen EZB? Oder gar bei Durchschlag der Krise nach Kerneuropa? Und von wie weit kam die Order? Viele Fragen! Keine Antworten. Bemerkenswert dabei: So aggressiv staatliche Institutionen gegen das offensichtlich Missliebige vorgehen, so rücksichtsvoll, kooperativ oder weggehend verhalten sich die Repressionsorgane gegenüber **faschistischen Kräften**. Dort machen sie doch in der Regel den Weg frei! Doch nicht nur bei Naziaufmärschen sorgen sich Innenminister und Polizei um deren Gelingen. So hat **Ministerpräsident Bouffier**, damalig

noch hessischer Innenminister, die Befragung durch parlamentarische Organe von V-Leuten bezüglich der NSU-Morde offensiv verhindert. Eine weitergehende Untersuchung des Mordes am Kasseler **Halit Yozgat** durch die hiesige Polizei wurde selbst zu deren Erstaunen von „oben“ untersagt. Der beim Mord anwesende **V-Mann Andreas T.**, aka „kleiner Adolf“ aus dem nordhessischen **Hofgeismar**, arbeitet immer noch bei der Behörde. Wen wundert es da noch, dass Bouffier für das Amt von Polizeipräsidenten rechtswidrig Wunschkandidaten einsetzt und gemeinsam mit dem damaligen Staatssekretär und heutigem Innenminister Rhein versuchte, dieses Vorgehen gegenüber der Öffentlichkeit und dem Parlament zu vertuschen, aber das sei jetzt nur am Rande bemerkt, sollte uns aber spätestens dann wieder einfallen, wenn diese Herren laut von Sicherheit, Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit schwadronieren.

Kleines Fazit. Diese Form der Herrschaftsausübung ist im bürgerlichen Staat nicht zu beenden ohne ihn selbst zu beenden. Vorab: Sofortige unabhängige Untersuchung aller Vorgänge rund um den 1.6. Schadensersatz und Schmerzensgeld an alle Betroffenen, unmittelbare Löschung der gespeicherten Daten, Einstellung aller Verfahren, auch denen aus 2012 und Übernahme der Auslagen der Betroffenen. Sofortiges Verbot von Pfefferspay. Personelle Konsequenzen: Weg mit Bouffier, Rhein, Frank und Thiel! Weg mit dem überbordenden Repressionsapparat!

REVOLUTION

international communist youth organization • www.onesolutionrevolution.com

**arbeiter
MACHT**

Ortsgruppe Kassel

Mach mit bei **REVOLUTION** oder **Arbeitermacht**

Berlin • Freiburg • Hamburg • Kassel • Bremen • Oldenburg • Zülpich • Stuttgart • München.

www.arbeitermacht.de • www.onesolutionrevolution.de

kassel@arbeitermacht.de • kassel@onesolutionrevolution.de

V. i. S. d. P. Andreas Schmidt,
Karl-Marx-Allee 65, 10243 Berlin